

**No. 35259**

---

**Austria  
and  
Liechtenstein**

**Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on social security. Vienna, 23 September 1996**

**Entry into force:** *1 December 1998 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 14*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Austria, 27 October 1998*

---

**Autriche  
et  
Liechtenstein**

**Accord entre la République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein en matière de sécurité sociale. Vienne, 23 septembre 1996**

**Entrée en vigueur :** *1er décembre 1998 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 14*

**Texte authentique :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Autriche, 27 octobre 1998*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**ABKOMMEN**

**ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM FÜRSTENTUM  
LIECHTENSTEIN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT**

Die Republik Österreich und das Fürstentum Liechtenstein

in dem Wunsche, unter Bedachtnahme auf Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zwischen den beiden Staaten über die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und 574/72 hinausgehend Personen zu schützen, die nach den Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten geschützt sind oder waren,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen, das an die Stelle des Abkommens vom 26. September 1968 zwischen den beiden Staaten über Soziale Sicherheit in der Fassung des Zusatzabkommens vom 16. Mai 1977 und des Zweiten Zusatzabkommens vom 22. Oktober 1987 tritt:

**ABSCHNITT I**

**Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Verordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung;

2. „Durchführungsverordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach der Verordnung und der Durchführungsverordnung oder, soweit diese nichts anderes bestimmen, den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zukommt.

**Artikel 2**

(1) Dieses Abkommen gilt für die Rechtsvorschriften, die vom sachlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind, mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf das Karenzurlaubsgeld nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

#### Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind.

(2) Dieses Abkommen gilt ferner für folgende Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind:

- a) Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) Personen, die Familienangehörige oder Hinterbliebene der in Buchstabe a) genannten Personen sind.

#### Artikel 4

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die außerhalb des Gebietes eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaates gleich.

(2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung von Personen, die bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in einem anderen Staat als einem Staat, für den die Verordnung gilt, oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigt sind.

(3) Absatz 1 berührt nicht die liechtensteinischen Rechtsvorschriften über die freiwillige Versicherung der im Ausland niedergelassenen liechtensteinischen Staatsangehörigen.

#### Artikel 5

(1) Für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen finden im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten die Verordnung, die Durchführungsverordnung und die zu ihrer Durchführung getroffenen Vereinbarungen entsprechend Anwendung, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 3 der Verordnung gilt in bezug auf die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen nur für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, für Flüchtlinge und Staatenlose sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Leistungen nach Titel III Kapitel 8 der Verordnung.

### ABSCHNITT II

#### Besondere Bestimmungen

##### Artikel 6

Die Familienangehörigen eines Grenzgängers können Sachleistungen nach Artikel 20 der Verordnung auch im Gebiet des zuständigen Staates in derselben Weise wie der Grenzgänger erhalten.

##### Artikel 7

(1) Nichterwerbstätige österreichische Staatsangehörige erhalten Eingliederungsmaßnahmen der liechtensteinischen Invalidenversicherung, wenn sie unmittelbar bevor diese Maßnahmen in Betracht kommen und während der Durchführung dieser Maßnahmen in Liechtenstein Wohnsitz haben.

(2) In Ergänzung zu Absatz 1 werden Kinder, die Staatsangehörige eines Vertragsstaates und in Österreich invalid geboren sind und deren Mutter sich dort vor der Geburt insgesamt während höchstens zwei Monaten aufgehalten hat, den in Liechtenstein invalid geborenen Kindern gleichgestellt. Die liechtensteinische Invalidenversicherung übernimmt im Falle eines Geburtsgebrechens des Kindes auch die während der ersten drei Monate nach der Geburt in Österreich entstandenen Kosten bis zu dem Umfang, in dem sie solche Leistungen in Liechtenstein hätte gewähren müssen.

(3) Die liechtensteinischen Rechtsvorschriften über die Eingliederungsmaßnahmen der Invalidenversicherung für minderjährige Liechtensteiner Bürger mit Wohnsitz im Ausland gelten nicht für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen.

#### **Artikel 8**

Soweit nach den Rechtsvorschriften über die liechtensteinische Rentenversicherung der Anspruch auf Renten vom Bestehen eines Versicherungsverhältnisses im Zeitpunkt des Versicherungsfalles abhängig ist, gelten als Versicherte im Sinne dieser Rechtsvorschriften auch österreichische Beamte sowie die Bezieher einer österreichischen Rentenleistung bei Invalidität oder bei Alter für Beamte.

#### **Artikel 9**

Für die in Artikel 3 Absätze 1 und 2 genannten Personen, die außerhalb des Gebietes eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, und für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen, die im Gebiet eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, findet in bezug auf

- a) Kinderzuschüsse zu Alters- und Invaliditätsrenten,
- b) Waisenrenten mit Ausnahme von Waisenrenten aus der Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Titel III Kapitel 3 der Verordnung entsprechend Anwendung.

### **ABSCHNITT III**

#### **Verschiedene Bestimmungen**

#### **Artikel 10**

In jenen Fällen, in denen die Vertragsstaaten anstelle der nach den Artikeln 93 bis 96 der Durchführungsverordnung vorgesehenen Kostenerstattung eine Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages oder einen Verzicht auf eine Erstattung vereinbaren, können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten folgendes vereinbaren:

- a) die Bezeichnung des Trägers des Wohnortes als zuständiger Träger;
- b) Maßnahmen zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Belastung, die sich für einen Träger oder für eine Verbindungsstelle aus der Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages oder aus dem Verzicht auf eine Erstattung ergeben würde.

#### **Artikel 11**

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Ausgleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

#### **Artikel 12**

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

**ABSCHNITT IV**

**Übergangs- und Schlußbestimmungen**

**Artikel 13**

Für die Feststellung und Neufeststellung von Leistungen nach diesem Abkommen gelten die Artikel 94 und 95 der Verordnung sowie die Artikel 118 und 119 der Durchführungsverordnung mit Inkrafttreten dieses Abkommens entsprechend.

**Artikel 14**

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Vaduz auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

**Artikel 15**

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten außer Kraft:

- a) das Abkommen vom 26. September 1968 zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll in der Fassung des Zusatzabkommens vom 16. Mai 1977 und des Zweiten Zusatzabkommens vom 22. Oktober 1987 ;
- b) die Vereinbarung vom 30. Oktober 1968 zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Soziale Sicherheit in der Fassung der Zusatzvereinbarung vom 8. Mai 1974 , der Zweiten Zusatzvereinbarung vom 9. Juni 1977 \*) und der Dritten Zusatzvereinbarung vom 27. Oktober 1988 .

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Wien, am 23. September 1996 in zwei Urschriften.

Für die Republik Österreich:

**Franz Hums**

Für das Fürstentum Liechtenstein:

**Dr. Michael Ritter**

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein,

Taking account of Article 8 of EEC Regulation No. 1408/71 in the field of social security and desiring to provide social protection, as between their two States, additional to the requirements of EEC Regulations Nos. 1408/71 and 574/72 for persons who enjoy or have enjoyed protection under the legislation of either or both States,

Have agreed to conclude the following Convention, to replace the Convention of 26 September 1968 between the two States on social security, as amended by the Supplementary Convention of 16 May 1977, and the Second Supplementary Convention of 22 October 1987:

SECTION I. GENERAL PROVISIONS

*Article 1*

(1) For the purposes of this Convention

1. "Regulation" means EEC Regulation No. 1408/71 of the Council on the application of social security schemes to employed and self-employed persons and their families moving within the Community, in the version applicable as between the two Contracting States;

2. "Implementing Regulation" means EEC Regulation No. 574/72 of the Council on the application of social security schemes to employed and self-employed persons and members of their families moving within the Community, in the version applicable as between the two Contracting States.

(2) In this Convention other terms have the meaning attributed to them under the Regulation and the implementing Regulation or, unless otherwise stipulated therein, under internal legislation.

*Article 2*

(1) This Convention shall apply to legislation covered by the substantive scope of the Regulation, except for unemployment benefits.

(2) This Convention shall not apply to interim holiday pay under Austrian law.

*Article 3*

(1) This Convention shall apply to persons within the personal scope of the Regulation.

(2) This Convention shall also apply to the following persons not within the personal scope of the Regulation:

(a) Persons to whom the legislation of one or both Contracting States apply or has applied;

(b) Persons who are family members or surviving dependants of the persons referred to in subparagraph (a).

*Article 4*

(1) Nationals of a Contracting State living outside the territory of a State to which the Regulation applies shall be assimilated for the purpose of applying the law of the other Contracting State to nationals of that Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall not affect the legislation of the two Contracting States concerning the insurance of persons employed in an official mission of one of the Contracting States in a State other than the one to which the Regulation applies, or by members of such a mission.

(3) Paragraph 1 shall not affect the legislation of Liechtenstein concerning voluntary insurance for Liechtenstein nationals settled abroad.

*Article 5*

(1) Unless otherwise provided in this Convention, the Regulation, the implementing Regulation and the agreements concluded for their implementation shall apply, *mutatis mutandis*, to the persons referred to in Article 3, paragraph 2.

(2) Article 3 of the Regulation shall apply in respect of the persons referred to in Article 3, paragraph 2, only to nationals of the Contracting States, refugees and stateless persons and to family members and surviving dependants of such persons.

(3) Paragraph 1 shall not apply to benefits under Title III, Chapter 8, of the Regulation.

SECTION II. SPECIAL PROVISIONS

*Article 6*

Family members of a border commuter may also receive benefits in kind under Article 20 of the Regulation in the territory of the competent State, in the same manner as the border commuter.

*Article 7*

(1) Arrangements for inclusion in the invalidity insurance scheme of Liechtenstein shall cover Austrian nationals who are not gainfully employed if they are resident in Liechtenstein immediately before the arrangements come into effect and during their operation.

(2) Further to paragraph 1, children who were born disabled in Austria as nationals of a Contracting State and whose mother was in Austria before the birth for a period of not more than two months shall be assimilated to children born disabled in Liechtenstein. If the

child has a birth defect, the Liechtenstein invalidity insurance scheme shall also cover costs incurred in Austria during the first three months after the birth, up to the level which it would be required to meet in Liechtenstein.

(3) Liechtenstein legislation on arrangements for inclusion in the invalidity insurance scheme of minor children who are citizens of Liechtenstein and resident abroad shall not apply to the persons referred to in Article 3, paragraph 2.

*Article 8*

Where, under the legislation on Liechtenstein pension insurance, entitlement depends on the existence of an insurance policy at the time of the insurance contingency, Austrian public officials and persons in receipt of an Austrian invalidity or old-age pension for public officials shall be treated as insured persons for the purposes of such legislation.

*Article 9*

Title III, Chapter 3, of the Regulation shall apply, *mutatis mutandis*, to the persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2, who are resident outside the territory of a State to which the Regulation applies, and to the persons referred to in Article 3, paragraph 2, who are resident in the territory of a State to which the Regulation applies, as regards:

- (a) Child supplements to old-age and invalidity pensions,
- (b) Orphans' pensions, except those under insurance for work-related accidents and occupational diseases.

SECTION III. MISCELLANEOUS PROVISIONS

*Article 10*

In cases in which the Contracting States, instead of refunding costs under Articles 93 to 96 of the Implementing Regulation, agree that refunds should take the form of a lump sum, or that none should be made, the competent authorities of the two Contracting States may agree as follows:

- (a) To designate the insurance authority of the place of residence as the competent insurance authority;
- (b) To take measures to avoid any exceptional burden that would arise for an insurance authority or for an intermediary from making a refund in the form of a lump sum, or from deciding that none should be made.

*Article 11*

(1) Enforceable decisions of the courts, and enforceable orders and certified notices of arrears of the insurance or other authorities of a Contracting State concerning contributions



and other claims under the social insurance scheme shall be recognized in the other Contracting State.

(2) Recognition may only be withheld if it would be contrary to public order (ordre public) in the Contracting State in which the decision or notice is to be recognized.

(3) Enforceable decisions and certified notices which have been recognized under paragraph 1 shall be executed in the other Contracting State. The execution procedure shall be governed by the law applicable to the execution of corresponding decisions and notices issued in the Contracting State in whose territory they are to be executed. The copy of the decision or notice must carry a confirmation that it is enforceable (the execution clause).

(4) Claims by insurance authorities in the territory of a Contracting State arising from arrears of contributions shall be given the same priority in enforcement and insolvency proceedings in the territory of the other Contracting State as corresponding claims in the territory of that Contracting State.

#### *Article 12*

Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall be settled as far as possible by the competent authorities of the Contracting States.

### SECTION IV. TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

#### *Article 13*

For the purpose of determining and revising benefits under this Convention, Articles 94 and 95 of the Regulation and Articles 118 and 119 of the implementing Regulation shall apply *mutatis mutandis* from the entry into force of this Convention.

#### *Article 14*

(1) This Convention shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Vaduz.

(2) This Convention shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) This Convention is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it in writing through the diplomatic channel at three months notice.

(4) In the event of denunciation, the provisions of this Convention shall continue to apply to existing entitlements.

*Article 15*

Upon entry into force of this Convention:

(a) The Convention of 26 September 1968 between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on social security, together with the final protocol, as amended by the Supplementary Convention of 16 May 1977 and the Second Supplementary Convention of 22 October 1987;

(b) The agreement of 30 October 1968 on the implementation of the Convention between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on social security, as updated by the Supplementary Agreement of 8 May 1974, the Second Supplementary Agreement of 9 June 1977 and the Third Supplementary Agreement of 27 October 1988; shall cease to have effect.

In witness whereof the plenipotentiaries of both Contracting States have signed this Convention.

Done at Vienna, on 23 September 1996, in two original copies.

For the Republic of Austria:

FRANZ HUMS

For the Principality of Liechtenstein:

DR. MICHAEL RITTER

[TRANSLATION - TRADUCTION]

## ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN EN MATIÈRE DE SÉCURITÉ SOCIALE

La République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein,

Guidées par la volonté d'offrir une protection aux personnes qui sont, ou qui ont été, couvertes par la législation, et prenant en considération l'Article 8 de l'Ordonnance (CEE) n° 1408/71 relative à la sécurité sociale entre les deux États et au-delà des Ordonnances (CEE) n° 1408/71 et n° 574/72,

Sont convenues de conclure un nouvel Accord relatif à la sécurité sociale, qui doit remplacer l'Accord du 26 septembre 1968 entre les deux États, relatif à la sécurité sociale dans sa version du Premier Accord complémentaire du 16 mai 1977 et du Deuxième Accord complémentaire du 22 octobre 1977 :

### SECTION I. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

#### *Article premier*

1. Dans le présent Accord, les termes suivants ont la signification indiquée ci-après :

1) "Ordonnance"

l'Ordonnance (CEE) n° 1408/71 du Conseil sur l'application des régimes de sécurité sociale aux salariés et aux indépendants, ainsi qu'aux membres de leurs familles, qui s'expatrient au sein de la Communauté, et ce, dans la version dont la validité est reconnue entre les deux États contractants;

2) "Ordonnance d'application"

l'Ordonnance (CEE) n° 574/72 du Conseil sur l'application de l'Ordonnance n° 1408/71 du Conseil sur l'utilisation des régimes de sécurité sociale aux salariés et aux travailleurs indépendants, ainsi qu'aux membres de leurs familles, qui s'expatrient au sein de la Communauté, et ce, dans la version dont la validité est reconnue entre les deux États contractants.

2. Dans le présent Accord, d'autres termes ont la signification qui leur est conférée par l'Ordonnance et l'Ordonnance d'application, dans la mesure où elles ne stipulent pas de dispositions différentes, ou bien par les législations nationales.

#### *Article 2*

1. Le présent Accord est applicable aux dispositions légales qui relèvent du champ d'application de l'Ordonnance portant sur les aspects matériels, à l'exception de l'assurance chômage.

2. Le présent Accord ne porte pas sur les allocations de congé parental contenues dans la législation autrichienne.

*Article 3*

1. Le présent Accord est applicable aux personnes concernées par l'Ordonnance qui porte sur les personnes.
2. Par ailleurs, le présent Accord est applicable aux personnes qui ne sont pas concernées par l'Ordonnance et
  - a) Qui sont, ou qui ont été visées par la législation de l'un ou des deux États contractants; ou
  - b) Qui sont des proches ou des descendants des personnes mentionnées à l'alinéa a).

*Article 4*

1. Les ressortissants de l'une des Parties contractantes, qui résident à l'extérieur d'un État auquel l'Ordonnance est applicable, sont traités, lorsque la législation du premier État est appliquée, comme les ressortissants dudit État.
2. Les stipulations contenues dans le paragraphe 1 ne concernent pas les réglementations légales des deux États contractants, relatives à l'assurance des personnes qui sont employées par une représentation officielle de l'un des deux États contractants, située dans un État auquel l'Ordonnance n'est pas applicable, ou par les membres d'une telle représentation.
3. Le paragraphe 1 n'a pas d'incidence sur les dispositions de la législation du Liechtenstein concernant le droit des ressortissants du Liechtenstein de s'assurer volontairement à l'étranger.

*Article 5*

1. Sauf si le présent Accord contient des dispositions différentes, les États contractants appliquent dans leurs relations mutuelles et de manière adéquate l'Ordonnance, l'Ordonnance d'application et les accommodements afférents à cette application aux personnes mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3.
2. En ce qui concerne les personnes mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3, l'article 3 de l'Ordonnance ne s'applique qu'aux ressortissants des États contractants, aux réfugiés et aux apatrides, ainsi qu'aux proches et aux parents survivants de ces personnes.
3. Le paragraphe 1 ne s'applique pas aux prestations mentionnées dans le chapitre 8 de la Section III de l'Ordonnance.

*SECTION II. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES*

*Article 6*

À l'instar des personnes traversant régulièrement la frontière, les membres de la famille de ces personnes peuvent aussi bénéficier, et de la même façon, sur le territoire de l'État compétent, des prestations mentionnées dans l'article 20 de l'Ordonnance.

*Article 7*

1. Les ressortissants autrichiens inactifs peuvent bénéficier des mesures d'intégration proposées par la Caisse d'assurance invalidité du Liechtenstein dans les cas où leur résidence habituelle est sur le territoire du Liechtenstein juste avant que ces mesures soient prises en considération et pendant l'application de ces dernières.

2. Pour compléter le paragraphe 1, les enfants qui possèdent la nationalité de l'un des États contractants et qui sont nés invalides sur le territoire autrichien où leur mère n'a pas résidé pour une période de plus de deux mois sont considérés comme des enfants nés invalides au Liechtenstein. Dans les cas d'une tare congénitale, la Caisse d'assurance invalidité du Liechtenstein assume les frais causés en Autriche et afférents aux trois premiers mois suivant la naissance en Autriche et, ceci, jusqu'à une proportion identique à celle des prestations que la Caisse aurait dû accorder au Liechtenstein.

3. La législation du Liechtenstein concernant les mesures d'intégration proposées par l'assurance invalidité aux ressortissants mineurs du Liechtenstein, qui résident à l'étranger, ne s'applique pas aux personnes mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3.

*Article 8*

Dans la mesure où, selon la législation du Liechtenstein, le droit à une rente dépend de l'existence d'une couverture d'assurance au moment de la réalisation du risque, les fonctionnaires autrichiens ainsi que les bénéficiaires de rentes de retraite ou d'invalidité versées par une institution autrichienne aux fonctionnaires, sont considérés comme des assurés aux termes de cette législation.

*Article 9*

En ce qui concerne les personnes citées dans les paragraphes 1 et 2 de l'article 3 et dont la résidence n'est pas située sur le territoire d'un État auquel s'applique l'Ordonnance, ainsi que les personnes citées dans le paragraphe 2 de l'article 3, dont la résidence est située sur le territoire d'un État auquel s'applique l'Ordonnance, et dans les cas :

- a) Des allocations familiales ajoutées aux pensions d'invalidité et de retraite,
- b) Des rentes pour orphelins, à l'exception des rentes pour orphelins résultant d'accidents du travail et de maladies professionnelles.

Le chapitre 3 de la Section III est appliqué de manière correspondante.

*SECTION III. AUTRES DISPOSITIONS*

*Article 10*

Dans les cas où les États contractants sont convenus d'un remboursement basé sur des sommes fixes ou sur un renoncement à ce dernier plutôt que d'appliquer le remboursement

stipulé par les articles 93 et 96 de l'Ordonnance, les autorités compétentes des deux États contractants peuvent convenir de :

a) La désignation de l'assureur situé sur le lieu de résidence comme assureur incompetent;

b) De mesures pour éviter des charges exceptionnelles qui viseraient un assureur ou un service de liaison et résulteraient d'un remboursement basé sur un montant forfaitaire ou d'un renoncement à un remboursement.

#### *Article 11*

1. Les décisions exécutoires des tribunaux, ainsi que les avis et les rappels de paiement exécutoires (les pièces) émanant des assureurs ou des autorités de l'un des États contractants et concernant des primes de contribution, ainsi que d'autres réclamations résultant du secteur de la sécurité sociale, sont reconnues par l'autre État contractant.

2. La reconnaissance ne peut être refusée que dans les cas où elle contreviendrait à la législation générale de l'État contractant où la décision ou la pièce devrait être reconnue.

3. Les décisions et les pièces officielles exécutoires, reconnues aux termes du paragraphe 1, sont appliquées dans l'autre État contractant. La procédure d'application est conforme, sur le territoire sur lequel l'application doit avoir lieu, à la législation en vigueur dans cet État contractant et portant sur l'application des décisions et pièces correspondantes. L'exemplaire de la décision ou de la pièce doit être muni de la confirmation de son application (clause d'application).

4. Les réclamations qui émanent des assureurs installés dans l'un des États contractants et portant sur des arriérés des primes de contribution bénéficient, lors de procédures de liquidation ou de faillite effectuées dans l'autre État contractant, des mêmes prérogatives que les réclamations correspondantes déposées sur le territoire de ce dernier.

#### *Article 12*

1. Dans la mesure du possible, les litiges entre les États contractants relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés par les autorités compétentes des États contractants.

### *SECTION IV. DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES.*

#### *Article 13*

Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, les articles 94 et 95 de l'Ordonnance, ainsi que les articles 118 et 119 de l'Ordonnance d'application, sont applicables pour définir ou redéfinir les prestations selon le présent Accord.

*Article 14*

1. Le présent Accord doit faire l'objet d'une ratification, les instruments de ratification étant échangés le plus rapidement possible à Vaduz.
2. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit le mois au cours duquel les instruments de ratification sont échangés.
3. Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée. Chacun des États contractants peut le dénoncer par écrit en respectant un délai de trois mois.
4. En cas de dénonciation, les dispositions du présent Accord restent applicables en ce qui concerne les droits acquis.

*Article 15*

1. L'entrée en vigueur du présent Accord rend caducs :
  - a) L'Accord du 26 septembre 1968, entre la République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein, en matière de sécurité sociale, de même que le Protocole final dans la version de l'Accord additionnel du 16 mai 1977 et du Deuxième Accord additionnel du 22 octobre 1987;
  - b) L'Arrangement du 30 octobre 1968 sur l'application de l'Accord entre la République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein en matière de sécurité sociale dans la version de l'Ordonnance du 8 mai 1974, du Deuxième Arrangement du 9 juin 1977 et du Troisième Arrangement du 27 octobre 1988.

En foi de quoi, les représentants plénipotentiaires des deux États contractants ont signé le présent Accord.

Fait à Vienne le 23 septembre 1996 en deux exemplaires originaux.

Pour la République d'Autriche :

FRANZ HUMS

Pour la Principauté du Liechtenstein :

DR. MICHAEL RITTER

